

In der Wachstumsfalle

Die Gewerkschaften und der Klimawandel

Von **Ulrich Brand**

Wie der bemerkenswerte Erfolg von „Fridays for Future“ zeigt, drängt der Klimawandel immer stärker auf die Agenda.¹ Das ist auch dringend geboten, denn das Zeitfenster, in dem dessen schlimmste Auswirkungen vermieden werden könnten, schließt sich rapide.² Noch aber verhindert das „Immer mehr und immer schneller“ der permanenten Produktivitätssteigerung eine ökologisch verträgliche Produktions- und Lebensweise. Daher geht es heute längst nicht mehr nur um eine angemessene Umweltpolitik. Vielmehr steht eine ganz andere Gestaltung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, ja die Etablierung neuer Mensch-Natur-Verhältnisse an.

Gewerkschaften und Beschäftigte spielen in dieser Diskussion bislang keine zentrale Rolle. Die Debatte fokussiert eher auf ökologisch zu sensibilisierende Verbraucher, staatliche Politik sowie auf Unternehmen und die vom Management vorgenommenen Innovationen oder Investitionen in „grüne“ Branchen. Vor allem aber gelten Gewerkschaften oft eher als Bremsen umwelt- und klimapolitischer Anliegen. Beispielhaft für diese Wahrnehmung steht das seit einigen Jahren intensiv diskutierte, 420 Seiten starke Gutachten „Globale Umweltveränderungen“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zum Thema einer „Großen Transformation“. Dort ist zwar viel von „Pionieren des Wandels“, „Global Governance“ und „gestaltendem Staat“ die Rede. Die Gewerkschaften jedoch tauchen nur kurz auf, und das ausgerechnet unter der Zwischenüberschrift „Gegenkräfte und Widerstände: Lobby- und Interessengruppen“. Kritisiert wird dort etwa, dass sich die Arbeitnehmervertreter in der Krise nach 2008 gemeinsam mit den Industrieverbänden erfolgreich für die Abwrackprämie eingesetzt hätten.³

Richtig ist, dass die Gewerkschaften eine stärkere sozial-ökologische Orientierung annehmen müssen. Doch insbesondere die Industriegewerkschaften stehen im Hinblick auf ökologische Fragen vor einem Dilemma.⁴

1 Für wichtige Hinweise danke ich Ulf Bohmann, Mathias Krams, Eric Pineault, Christine Schickert, Max Strötzel, Markus Wissen, Raul Zelik sowie Klaus Dörre und den Teilnehmenden an seinem Kolloquium im Wintersemester 2018.

2 Intergovernmental Panel on Climate Change, Global Warming of 1.5°C, Summary for Policy-Makers, Genf 2018.

3 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011, S. 201 f.

4 Auch die Dienstleistungsgewerkschaften vertreten keineswegs per se umweltfreundliche Interessen, wenn man etwa an den Flugverkehr oder den Tourismussektor denkt.

Einerseits sind viele gut bezahlte Arbeitsplätze und eine starke gewerkschaftliche Organisationsmacht – die gemeinsam zu einem relativ hohen materiellen Wohlstand führen – insbesondere in jenen Branchen anzutreffen, die aus ökologischer Sicht nicht zukunftsfähig sind. Zugleich sind die mittelfristigen Aussichten in einigen Branchen unsicher, und das trotz der ökonomisch relativ stabilen Situation in Deutschland. Allen voran ist hier die Automobilindustrie zu nennen, in der inklusive Zulieferern hierzulande über 870 000 Menschen arbeiten. Die IG Metall organisiert in dieser Branche fast eine halbe Million Menschen, also gut ein Fünftel ihrer aktuell knapp 2,3 Millionen Mitglieder. Da sie wie alle DGB-Gewerkschaften in neoliberalen Zeiten politisch unter Druck steht, sind diese Beschäftigten eine entscheidende Stütze, um ihre Forderungen durchsetzen zu können.

Andererseits werden einzelne Branchen vom sozial-ökologischen Umbau eher profitieren. Dazu zählen der Maschinenbau oder die Elektroindustrie – und auch die dortigen Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert.

Aus politisch progressiver Perspektive kann es kein Interesse an einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften geben. Vielmehr wird eine Jahrhundertaufgabe wie die sozial-ökologische Transformation nur gelingen, wenn derart relevante Akteure wie die Gewerkschaften darin eingebunden werden. Das heißt aber umgekehrt auch: Sozial-ökologische Aufgaben müssen zu Kernanliegen der Gewerkschaften werden. Das gilt allein schon deshalb, weil die ökologische Krise eine (globale) Klassendimension hat: Die Vermögenden können sich vor den Auswirkungen des Klimawandels und anderer Umweltveränderungen besser schützen, während die unteren Klassen deren Konsequenzen schon jetzt unmittelbarer zu spüren bekommen.⁵

Was mich zu diesen Überlegungen motiviert, ist eine Art historische Beklommenheit. In den gewerkschaftlichen Debatten gibt es eine dominante Erzählung zum Umgang mit umweltpolitischen Anliegen.⁶ Die lautet in etwa so: Bereits in den 1970er Jahren wurden umweltpolitische Themen in Betrieben und Gewerkschaften diskutiert, gerieten jedoch wegen der Weltwirtschaftskrise ab 1974, der beginnenden Massenarbeitslosigkeit und neoliberaler Strategien mitsamt dem beginnenden Abbau der sozialen Sicherungssysteme in den Hintergrund.

Ähnlich wird die zweite Hälfte der 1980er Jahre wahrgenommen. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 setzte sich in den Gewerkschaften, die bis dahin die Atomenergie weitgehend befürworteten, ein allmählicher Positionswechsel durch. Auch fanden Umwelt- und Gesundheitsgefahren, etwa durch besonders umweltschädliche Stoffe, mehr Aufmerksamkeit. Doch im Zuge der deutschen Vereinigung, der zunehmenden Shareholder-Orientierung der Unternehmen sowie der Ausweitung der Geschäftsfelder auf andere Länder rückten Arbeitsplatzsicherung und Lohnfragen

5 Markus Wissen und Ulrich Brand, Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise, in: „WSI-Mitteilungen“, 1/2019, S. 39-47.

6 Exemplarisch Nadine Müller, Klaus Pickshaus, Jürgen Reusch, Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban, Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau, in: Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban (Hg.). Ökologie der Arbeit. Jahrbuch Gute Arbeit 2018, Frankfurt a.M. 2018, S. 15-31.

wieder deutlicher ins Zentrum, es kam zu einem arbeits- wie umweltpolitisch „verlorenen Jahrzehnt“.⁷ Ab dem Ende der 1990er Jahre, so geht die Erzählung weiter, nahmen die Gewerkschaften ökologische Fragen wieder auf und erreichten etwa die Verankerung des betrieblichen Umweltschutzes im Betriebsverfassungsgesetz. Die Wirtschaftskrise 2007/2008 warf die Gewerkschaften dann aber wieder auf ihr „soziales Kerngeschäft“ zurück.

Seit einigen Jahren erhalten nun sozial-ökologische Fragen erneut verstärkte Aufmerksamkeit, etwa im Zuge des Dieselskandals, der stärkeren Thematisierung von Klimakrise und Elektromobilität oder der Verabschiedung der UNO-Ziele für Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015. Was aber, so meine Beklommenheit, wenn im Jahr 2030 der dann aktuelle Teil der Erzählung ungefähr so lautet: Die unsicheren Perspektiven des Umbauprozesses wie auch die Krise ab Mitte der 2020er Jahre haben die Gewerkschaften wieder auf ihr „soziales Kerngeschäft“ zurückgeworfen, die Verteidigung von Arbeitsplätzen und die Interessenvertretung im engeren Sinne?

Vor diesem Hintergrund möchte ich aus einer dezidiert sozial-ökologischen Perspektive zu Diskussionen beitragen, um einer Schwäche der Gewerkschaften entgegenzuarbeiten. Diese benennt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und einer der wichtigsten linken Gewerkschaftsstrategen im deutschsprachigen Raum, so: Ein „analytisches Verständnis von den Dimensionen der Ökologieproblematik und eine entsprechende Strategie stehen (auch) auf Seiten der Gewerkschaften noch aus.“⁸

Ökologie der Arbeit

Immerhin gibt es mittlerweile in den Gewerkschaften und bei den Beschäftigten durchaus (wieder) eine Sensibilität für die ökologischen und damit verbundenen sozialen Probleme. Zumindest in ihrem sozial-ökologisch sensiblen Spektrum scheint es zunehmend konsensfähig, dass es darum geht, „einen ressourceneffizienten und treibhausgasneutralen Entwicklungspfad zu finden und wirklich auch zu beschreiten, der der wachsenden Weltbevölkerung ein gutes Leben und eine gerechtere Verteilung der Wohlstandsgewinne ermöglicht“, so der IG-Metall-Vizevorsitzende Wolfgang Lemb. Eine Transformation der kapitalistischen Industriegesellschaft muss sozial gerecht ablaufen, darf also nicht auf dem Rücken jener ausgetragen werden, die ohnehin materiell zu kämpfen haben und unter unsicheren Bedingungen leben. Das führt jedoch zu Zielkonflikten, wie Lembs weitere Ausführungen deutlich machen: „Im Zentrum guter Industriepolitik stehen für die IG Metall

7 Klaus Pickshaus und Maximilian Waclawczyk, Arbeit und Ökologie in der Transformationsperspektive, in: Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban (Hg.), Transformation der Arbeit – Ein Blick zurück nach vorn. Jahrbuch Gute Arbeit 2019, Frankfurt a. M., 2019, S. 91-103.

8 Hans-Jürgen Urban, Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik?, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban, a.a.O., S. 329-349, hier: S. 330; vgl. den Überblick von Stefanie Barca und Emanuele Leonardi, Working-class ecology and union politics: a conceptual topology, in: „Globalizations“, 4/2018, S. 487-503.

deshalb stabile Arbeitsplätze und gute tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsbedingungen.“⁹ Bei diesem Konflikt obsiegt in den Gewerkschaften aktuell die Beschäftigungssicherung. Das aber ist angesichts der ökologischen und klimapolitischen Erfordernisse zu wenig.

Interessant erscheint mir daher in den gewerkschaftlichen Debatten der Begriff der „Ökologie der Arbeit“. Er umfasst „betriebliche, aber auch soziale und naturbedingte Aspekte der Verausgabung und Regeneration des menschlichen Arbeitsvermögens“, schließt Strategien für gute (Erwerbs-) Arbeit mit ein und steht im Kontext einer sozial-ökologischen Umbaustrategie.¹⁰ Natürliche Stoffkreisläufe und menschliche Arbeitskraft, so die richtige Diagnose, seien allesamt tendenziell überlastet und überausgebeutet, was die Reproduktion von Arbeitskraft und Natur gefährdet – und damit das Funktionieren der Gesellschaft insgesamt. Ziel sei es daher, erstens die „Ökologisierung von Produktion, Konsumtion und Verteilung“ und zweitens „ein neues Regime der Verteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen“ zu etablieren sowie drittens „wirtschaftliche Entscheidungen und Strukturen“ zu demokratisieren.¹¹ Dazu bedarf es breiter Allianzen, die Konflikte austragen und auch aushalten können.¹²

Diese wichtigen Anstöße aus der Debatte über eine Ökologie der Arbeit verweisen zugleich auf einige Probleme progressiver Debatten im Hinblick auf sozial-ökologische Fragen: Erstens werden die politischen Perspektiven auf eine „ökologische Modernisierung“ verengt – und werden damit den sozialen und vor allem ökologischen Anforderungen einer sozial-ökologischen Transformation zu wenig gerecht. Die Gewerkschaften halten, zweitens, an der Exportausrichtung des deutschen Produktionsmodells fest und hinterfragen dementsprechend kaum die Orientierung an Effizienzsteigerungen und internationaler Wettbewerbsorientierung. Drittens bleiben die in transformatorischer Absicht formulierten Perspektiven deutlich hinter den wichtigen Einsichten aus wachstumskritischen Debatten zurück. Und viertens sollten, so meine Forderung, sich Gewerkschaften – ausgehend vom Bestehenden und den damit verbundenen Widersprüchen als „Kinder des Industriekapitalismus“ – stärker zu organischen Intellektuellen eines Guten Lebens für die lohnabhängigen Menschen machen.¹³

Für alle vier genannten Punkte, auf die ich im Folgenden genauer eingehen werde, gilt eine grundsätzliche Überlegung: Bei radikaleren sozial-ökologischen Anliegen ist von Gewerkschaftsseite oft zu hören, damit könne ein erheblicher Teil der Mitglieder verprellt werden, was wiederum zu organisationspolitischer Schwächung führen würde. Umgekehrt könnte jedoch argumentiert werden, dass Teile der Belegschaften ein stärkeres Krisen- und Veränderungsbewusstsein ausgebildet haben, als ihnen von den Gewerk-

9 Wolfgang Lemb, Perspektiven einer nachhaltigen Industriepolitik, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban, a.a.O., S. 74-84, hier: S. 74 und S. 77.

10 Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban, a.a.O.; Nadine Müller u.a., a.a.O., S. 15.

11 Nadine Müller u.a., a.a.O., S. 30.

12 Markus Wissen und Ulrich Brand, a.a.O.

13 Bei alledem gibt es große Unterschiede zwischen den Gewerkschaften, wie die Beiträge der drei IG-Metall-Vorstandsmitglieder Frank Iwer, Wolfgang Lemb und Hans-Jürgen Urban im erwähnten Jahrbuch „Gute Arbeit“ von 2018 beispielhaft zeigen.

schaftsspitzen zugeschrieben wird. Außerdem würden Gewerkschaften mit glaubwürdigen, den Problemen angemessenen sozial-ökologischen Positionen wieder bündnisfähiger und sichtbarer werden – und so ihre gesellschaftliche Macht erhöhen.

Es liegt also im ureigenen Interesse der Gewerkschaften, sich von einer statischen Vorstellung der Interessen ihrer Mitglieder zu verabschieden. Diese Interessen sind vielmehr dynamisch und durch Lernprozesse und Erfahrungsräume beeinflussbar. Eine Neuorientierung würde daher auch die Bereitschaft voraussetzen, ein Stück Kontrolle über die Mitglieder abzugeben und sich auf einen offenen Prozess einzulassen, was für Organisationen immer eine gewisse Herausforderung darstellt.

Jenseits ökologisch-kapitalistischer Modernisierung

Das erste Problem progressiver Politik ist, dass die Gewerkschaften sehr stark einer „ökologischen Modernisierung“ verhaftet bleiben.¹⁴ Das zeigt sich deutlich an den Positionen der IG Metall, die für weitere Effizienzsteigerungen beim Verbrennungsmotor und den Ausbau der E-Mobilität plädiert. Elektroautos sind aber auch nicht nachhaltig, sondern haben ebenfalls einen großen Energie- und Ressourcenbedarf, sie bedürfen straßenlastiger Infrastrukturen und bieten daher weder eine Antwort auf die Klimakrise noch eine Lösung für die knappen städtischen Flächen.¹⁵

Dieses Problem zeigt sich aber auch an der zentralen Diagnose: Die Gewerkschaften sprechen weitgehend von einer Klimakrise. So richtig das ist, so wichtig ist für die industrielle Produktion aber eine zweite Dimension: die Frage der Rohstoffe. Diese werden zum Großteil importiert, es gibt einen enormen Kostendruck auf die Rohstoffproduzenten, und deren Gewinnung geht teilweise mit erheblichen Konflikten einher, aufgrund von Widerständen der lokalen Bevölkerung, der Lebensgrundlagen wie sauberes Wasser oder fruchtbares Land entzogen werden. Diese biophysische Reproduktion der Natur ist bisher eine „terra incognita gewerkschaftlicher Interessenpolitik“¹⁶, wie Hans-Jürgen Urban richtig bemerkt. Der nationale und vor allem internationale materielle Input, den das deutsche Produktionsmodell benötigt, wird von den Gewerkschaften viel zu wenig berücksichtigt.¹⁷ Bezöge sie diesen Umstand genauer ein, müsste sie nämlich zu dem Schluss kommen, dass die Industrieproduktion – aber auch die industriellen Anteile der Dienstleistungen wie etwa das Fliegen – stark reduziert werden müssen.

Das allerdings wird noch kaum reflektiert: So argumentiert Wolfgang Lemb, dass es für das Ziel einer 80prozentigen Reduktion der CO₂-Emissio-

14 Ulrich Brand, Kathrin Niedermoser, Gewerkschaften zwischen „ökologischer Modernisierung“ und Einsatzpunkten sozial-ökologischer Transformation, in: Thomas Barth, Georg Jochum und Beate Littig (Hg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Frankfurt a. M. und New York 2016, S. 223-243.

15 Alfred Hartung, Elektro-PKW – eine ökologische Modernisierung der Automobilität?, in: „Prokla“, 193/2018, S. 561-567.

16 Hans-Jürgen Urban, a.a.O., S. 339.

17 Umweltbundesamt, Die Nutzung natürlicher Ressourcen. Bericht für Deutschland 2016.

nen bis 2050 notwendig sei, 90 Prozent der deutschen Industrie mit Effizienztechnologien zu durchdringen und bis 2050 zwei Drittel der Pkw, nämlich 26 Millionen, elektrisch anzutreiben.¹⁸ Davon abgesehen, dass der Begriff der „Effizienztechnologien“ recht allgemein ist, wird der Elektroantrieb sicherlich nicht ausreichen, um neben Emissionen auch den Rohstoffverbrauch zu reduzieren. Denn Ressourcen sind ja nicht nur für die Herstellung neuer Produkte, sondern auch für die Aufrechterhaltung der bereits bestehenden Infrastrukturen vonnöten. Ökologisch geboten ist daher eine drastische Reduktion der biophysischen Inputs.

Hochgradig internationalisierte Ökonomien wie die deutsche sind, zweitens, auf den permanenten Zufluss von Rohstoffen und auf stabile Absatzmärkte angewiesen. Doch die damit einhergehenden internationalen Verflechtungen und ihre ökologischen Implikationen thematisieren die Gewerkschaften nur unzureichend. Zwar fordern sie eine „wettbewerbspolitische Nachhaltigkeit im Sinne einer politischen Regulierung des Transformationsprozesses, der die manifesten ökonomischen Markt- und Konkurrenzzwänge nicht ignoriert, ihnen gegenüber aber die Bedarfe von Arbeit, Gesellschaft und Natur zur Geltung bringt.“¹⁹ Doch was bedeutet das auf internationaler Ebene und im Verhältnis zu weniger wettbewerbsfähigen Regionen? Wie wird analytisch und politisch der Tatsache Rechnung getragen, dass es sich bei den Wertschöpfungsketten häufig um „Wertzerstörungsketten“ (Stephan Lessenich) handelt?

Die Gewerkschaften fordern zwar innerhalb Deutschlands regulatorische Rahmenbedingungen, die „zu einem Transformationswettbewerb führen und einen Verdrängungswettbewerb vermeiden“.²⁰ Doch auch auf internationaler Ebene setzen die Unternehmen aus exportstarken Ländern die Firmen und Branchen andernorts unter Druck. Und das bundesdeutsche Exportmodell ist fast ausschließlich an der Industrieproduktion ausgerichtet. So hat allein die Automobilindustrie ihren Anteil an der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes zwischen 2002 und 2016 von 13 auf 18 Prozent erhöht. Während der Fahrzeugbau 1993 noch gut 16 Prozent der gesamten Exporte ausmachte, stieg sein Anteil bis 2016 auf 22 Prozent.²¹

In diesem Zusammenhang wird eine weitere wenig hinterfragte Annahme zum Problem, nämlich dass Produktions- und Distributionsprozesse „effizient“ sein und die ökologischen Probleme mit „Effizienztechnologien“ bearbeitet werden müssten. Das hat jedoch aus ökologischer Perspektive einen Haken: Über Effizienzgewinne werden die Produktionskosten tendenziell reduziert und die Endprodukte billiger. Das frei werdende Einkommen wird dann für zusätzlichen Konsum verwendet – ein typischer, klimaschädlicher Rebound-Effekt.²² Etwas Ähnliches zeigt sich bei der räumlichen und funk-

18 Input von Wolfgang Lemb bei der Diskussion mit Ulrich Brand am 15. März 2019 in Kassel „Transformation gestalten: sicher, gerecht und selbstbestimmt. Co-Management oder Gegenmacht?“.

19 Hans-Jürgen Urban, a.a.O., S. 337.

20 Wolfgang Lemb, a.a.O., S. 79.

21 Statistisches Bundesamt, Produzierendes Gewerbe (Kostenstruktur der Unternehmen) 2016, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2018 (Berechnungen von Etienne Schneider).

22 Tilman Santarius, Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg 2015.

tionalen Arbeitsteilung: Industrielle Spezialisierung und tendenzielle räumliche Entgrenzung sind zwar „effizient“, weil sie zu komparativen Kostenvorteilen führen. Diese werden aber abgeschöpft und in zusätzlichen Output umgewandelt. Eine ökologisch verträgliche Wirtschaft sollte daher die Wertschöpfungsketten deutlich verkürzen und diese gesellschaftlich kontrollieren. Die Herausforderung besteht also darin, dass Effizienzgewinne ohne materiellen Zuwachs erreicht werden und dennoch Umverteilung erlauben. Bisher jedoch ist der Innovationswettbewerb eher ein Wachstumstreiber. Das hat eine weitere Konsequenz: „Wenn sich die Verantwortung für sämtliche Folgen des Gesamtprozesses auf hinreichend viele Zuständigkeiten verteilt, wird sie gleichsam ausgelöscht.“²³

Wachstum als »ökologische Gretchenfrage«?

In ihrer übergroßen Mehrheit plädieren, drittens, die sozial-ökologisch sensiblen Teile der Gewerkschaften für „nachhaltiges Wachstum“²⁴ sowie für die „Re-Legitimierung ökonomischen Wachstums in einem neuen Entwicklungsmodell“ und damit für ein „langsames, qualitatives, selektives und demokratisches Wachstum“.²⁵ Hans-Jürgen Urban erklärt die Wachstumsfrage gar zur „ökologischen Gretchenfrage“ gewerkschaftlicher Politik. Auch das spiegelt die analytische und strategische Unterkomplexität der ökologischen Debatten in den Gewerkschaften wider.

Schon Elmar Altvater wies immer wieder darauf hin, dass es bei der Frage kapitalistischen Wachstums um den Zusammenhang von Profitabilität, Rentabilität und Rendite sowie der Nutzung fossiler Energieträger gehe.²⁶ Und genau diesen Zusammenhang sollten sozial-ökologisch ausgerichtete Gewerkschafter kritisch sehen. Heute ist nichts weniger geboten als eine grundlegende Infragestellung des kapitalistischen Wachstumsimperativs – angesichts der offensichtlichen ökologischen Probleme, aber auch angesichts abnehmender Wachstumsraten im Westen.

Deshalb sollten die Gewerkschaften die Impulse der wachstumskritischen Debatte stärker aufnehmen und nicht als Strategie „ökologischer Austerität“²⁷ denunzieren. Denn die Degrowth-Bewegung „problematisiert im Kern die technologisch und institutionell gestützte Eskalationslogik der Gesellschaften des globalen Nordens“,²⁸ an der Gewerkschaften durchaus Anteil

23 Niko Paech, Postwachstumsökonomik als Reduktionsprogramm für industrielle Versorgungssysteme, in: AK Postwachstum (Hg.), Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt a.M. und New York 2016, S. 135-157, hier: S. 136.

24 Beschluss des 22. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IGM, 2011; Wolfgang Lemb (Hg.), Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen, Frankfurt a.M. 2016.

25 Klaus Dörre und Karina Becker, Nach dem raschen Wachstum: Doppelkrise und große Transformation, in: Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban, a.a.O., 35-58, hier: S. 43.

26 Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005, S. 99.

27 Klaus Dörre und Karina Becker, a.a.O., S. 49.

28 Dennis Eversberg, Nach der Revolution. Degrowth und die Ontologie der Abwicklung, in: Martin Birkner und Thomas Seibert (Hg.), Kritik und Aktualität der Revolution, Wien 2017, S. 231-252, hier: S. 232; vgl. auch Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.), Degrowth in Bewegung(en), München 2017.

haben. Aus sozial-ökologischer Perspektive hingegen geht es um die sozial- und naturverträgliche Qualität von Produktion, Vertrieb und Konsum. Ob dabei die Volkswirtschaft wächst, ist eine sekundäre Frage. Wichtiger sind beispielsweise der Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge, die Zurückdrängung industrieller Landwirtschaft und die mittelfristige Befreiung der Gesellschaft von Automobilität, etwa durch die Senkung der alltäglich „erzwungenen“ Mobilität und den Umstieg auf öffentlichen Verkehr. Das führt anfangs zu hohen Investitionen und damit zu Wachstum, dann aber zu einer Stabilisierung und Reduktion ökonomischer Aktivitäten.

Die Degrowth-Perspektive zielt damit auf ein Wohlstandsmodell, das individuelle und kollektive Bedürfnisse auf sozial und ökologisch verträgliche Weise befriedigt, also nicht auf Kosten anderer und der Natur. Das ist anspruchsvoll, da sehr unterschiedliche Bedürfnisse existieren. Daher geht es neben Umverteilung vor allem um die Frage, wie Reichtum produziert wird. Eine elaborierte Wachstumskritik beschäftigt sich folglich mit der Verfügung über Produktionsmittel und der Gestaltung von Investitionen: Gemeinschaftliches Eigentum ist eine notwendige Bedingung, um die Abhängigkeit von kapitalistisch getriebenem Wachstum zu reduzieren.²⁹

Für die Gewerkschaften ist diese Wachstumskritik auch deswegen bereichernd, weil es in Tarifverhandlungen zunehmend um die Frage „mehr Zeit oder mehr Geld“ geht. Die Antwort darauf fällt in den mittleren und oberen Lohngruppen eindeutig aus: Sie wollen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die IG Metall hat dies in ihrem aktuellen Tarifvertrag stark verankert – und damit ein wichtiges Fenster geöffnet. Denn nicht nur führen höhere Einkommen tendenziell zu stärkerem Konsum, sondern eine solidarische Arbeitszeitpolitik ist angesichts des notwendigen Rückbaus der Industrieproduktion in Branchen wie der Automobilindustrie ohnehin geboten – und angesichts des Fachkräftemangels auch für die Betriebe sinnvoll. Damit steht die IG Metall in einer progressiven Tradition: Schon vor 40 Jahren hieß es in der Gewerkschaftszeitung „Die Mitbestimmung“: „Arbeit soll sinnvoll sein, und ihre Ergebnisse sollen menschliche Bedürfnisse befriedigen. Dies ist nicht immer der Fall. Während bestimmte Produkte von vornherein fragwürdig, gefährlich und unsinnig sind, stoßen andere Produkte jenseits eines bestimmten Produktionsvolumens (zum Beispiel PKW) an kritische Grenzen. Das Umsteigen auf sozial nützliche Produkte, genannt Produktkonversion, ist eine notwendige Teil-Antwort auf die ökologischen und sozialen Krisen- und Problembereiche.“³⁰

„Wie hältst du’s mit dem Wachstum?“, ist also die falsche Frage. Wichtiger sind zwei andere Fragen, nämlich erstens: „Wie hältst du’s mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen?“ – also mit den konkreten biophysischen

29 Vgl. etwa Susanne Elsen, Genossenschaften als transformative Kräfte auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft, in: Carolin Schröder und Heike Walk (Hg.), Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für eine zukunftsfähige, solidarische Stadt, Wiesbaden 2014, S. 31-47; Ines Peper, Iris Kunze und Elisabeth Mollenhauer-Klüber (Hg.), Jenseits von Wachstum und Nutzenmaximierung: Modelle für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft, Bielefeld 2019.

30 Umschalten auf nützliche Produkte – Vorausschauende Produktkonversion – Teil einer gewerkschaftlichen Strategie gegen Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, in: „Die Mitbestimmung“, 12/1982.

Voraussetzungen und Folgen der Produktions-, Lebens- und Arbeitsweise. Zweitens, an den Internationalismus der Arbeiterbewegung erinnernd: „Und wie hältst du's mit einer solidarischen Gesellschaft?“ – also der Errichtung einer (Welt-)Gesellschaft, in der alle Menschen auskömmlich, sozial abgesichert und sinnerfüllt, aber nicht auf Kosten anderer und der Natur leben können. Eine solche kapitalismus- und herrschaftskritische Ausrichtung öffnet Denk- und Handlungsräume für Fragen der Industriekonversion – und damit der Strukturpolitik.³¹ Die Gewerkschaften wären mit solchen strategischen Überlegungen wieder aktiver Part in Zukunftsdebatten und würden auch die Frage stellen, welche Industrien und Dienstleistungen künftig gewollt und benötigt werden. Die Antwort darauf sollten die Gewerkschaften nicht dem Management und den Unternehmenseignern überlassen.

»Trade Unions for Future«?

Doch hat sich in den Gewerkschaften, viertens, derzeit ein eher korporatistisches Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo durchgesetzt, häufig genug im Modus des Co-Managements. In ihren Debatten ist häufig von „den“ Beschäftigten und ihren vermeintlichen Interessen an Einkommen und Arbeitsplatzergänzung die Rede. Fragen individueller und gesellschaftlicher Handlungsspielräume werden tendenziell auf Verhandlungsmacht, Arbeitsbedingungen und Einkommen reduziert; betriebliche Herrschaft und soziale Disziplinierung werden verinnerlicht und kaum in Frage gestellt. Damit drohen die Gewerkschaften, eine umfassendere Perspektive von Teilhabe oder gar Emanzipation aufzugeben. Das hat dramatische Konsequenzen. Denn eine sozial-ökologische Transformation muss als Projekt entworfen werden, bei dem gesellschaftliche und individuelle Interessen ausgelotet werden.

Und wer wäre dafür grundsätzlich besser geeignet als die Gewerkschafter? Neben der unmittelbaren Interessenvertretung sind aktive Gewerkschafter schließlich auch „organische Intellektuelle“ im Sinne Antonio Gramscis. Sie können, insbesondere in unübersichtlichen Zeiten, Orientierung bieten und zur Verarbeitung von widersprüchlichen Anforderungen und Erfahrungen beitragen. Bei relevanten Teilen der Beschäftigten scheint bereits ein ausgeprägtes Krisen- und Veränderungsbewusstsein zu bestehen. Aktive Gewerkschafter könnten daher die uneingelösten gesellschaftlichen und individuellen Freiheitsversprechen politisieren, die meist in Unterwerfung und Konsumismus ertränkt werden. Das kollektive Selbstbewusstsein der Beschäftigten könnte damit gestärkt werden.

Gelingt dies aber nicht, bleiben die Gewerkschaften im Modus der Repräsentation verhaftet und laufen Gefahr, das vorgebliche Interesse der Beschäftigten – den Arbeitsplatzergänzung – einseitig oder gar ausschließlich zu betonen.

31 Katharina Grabietz und Kerstin Klein, #FairWandel. Für eine Industriegewerkschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt, in: „Sozialismus“, 6/2019, S. 36-38; Kai Burmeister, Auto – Umwelt – Verkehr: reloaded. Industrielle Transformation als konkreter Input für die gewerkschaftliche Zukunftsdebatte, in: „Sozialismus“, 1/2018, S. 49-52.

Die Gewerkschaftslinken sollte dabei auch eine Frage offen stellen: Inwiefern sind die Gewerkschaften und ihre Spitzenfunktionäre stark in den aktuellen institutionellen Rahmen eingebunden, der ihnen ihre Macht gibt? Sind sie zu nahe an den Interessen ihrer Verhandlungspartner im Management – die in der Automobilindustrie unter allen Umständen am profitablen Verbrennungsmotor festhalten wollen? Unterschätzen sie damit eventuell das Potential innerhalb der Belegschaften, die möglicherweise längst offen für Alternativen sind?

Ein blinder Fleck der Gewerkschaften ist in jedem Fall, dass sie die Lebens- und Produktionsweise nicht miteinander verzahnen. Ohne einen solch umfassenden Blick lassen sich jedoch sozial-ökologische Perspektiven kaum denken. Er ist zudem zentral, um der häufig vorgebrachten Forderung nach erweiterter Mitbestimmung oder gar Wirtschaftsdemokratie eine sozial-ökologische Ausrichtung zu geben. Denn sonst ist keineswegs garantiert, dass mehr Beteiligung auch zur notwendigen Reduktion des Naturverbrauchs führt.

Die Gewerkschaften sollten daher kulturelle Veränderungen zumindest offen begleiten. Sie könnten als *Trade Unions for Future* die Klimastreikbewegung unterstützen. Sie könnten auch betonen, dass neue Straßen zu mehr Autoverkehr führen und damit nicht nur klimapolitisch katastrophal sind, sondern auch mehr Lärm und Luftbelastung für Anwohner bedeuten – oft sind das abhängig Beschäftigte. Die Gewerkschaften gewinnen also an Glaubwürdigkeit, wenn sie die notwendigen Fahrverbote in den Städten oder autofreie Sonntage unterstützen – und damit Gesundheitsschutz und Lebensqualität. Das wäre nicht zuvorderst gegen die Interessen der Beschäftigten in der Autoindustrie gerichtet, sondern würde die Forderung nach einem politisch gut flankierten Umbau des Automobilsektors stärken.

Gewerkschaften sollten die sozial-ökologischen Anforderungen also ernst nehmen – und könnten damit zugleich gesellschaftliche Glaubwürdigkeit und Macht gewinnen. Im Kapitalismus standen die Bedürfnisse der Menschen noch nie im Mittelpunkt, sondern Profite. Gute, menschenwürdige Lebensbedingungen mussten dem Kapital stets abgerungen werden. Dies verschärft sich in Zeiten der ökologischen Krise, die wesentlich vom kapitalistischen Wachstumsparadigma verursacht wird: Eine sozial-ökologische Wende muss gegen das Kapital und jene Politiker, die es unterstützen, erkämpft werden. Zentral ist dabei die Politisierung von Fragen wie Arbeitszeitverkürzung oder einer stärkeren Gebrauchswertorientierung der Produktion, etwa in Form eines starken öffentlichen Sektors. Hier könnten Klima-, Degrowth- und Arbeiterbewegung zusammenkommen.

Damit dies gelingt – und hier stimmt die Kritik der Gewerkschaften an vielen sozialen Bewegungen –, müssen auch Umweltbewegte sich auf die Lebensrealitäten und Sichtweisen der Beschäftigten im Kohle-, Stahl-, Chemie- oder Automobilsektor einlassen. Allein das bietet die Grundlage, um gemeinsam für einen grundlegenden Umbau der Produktions- und Lebensweise zu streiten. Und erst dies wird ein auskömmliches Leben, politische Teilhabe und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sichern.